

**Grundstück:** Gemarkung Straubing - Flurnummer 3360/13

**Maßnahme:** Neubau einer Studentenwohnanlage im Stutzwinkel in Straubing

## **Generalplanervertrag**

**zwischen**

**im Folgenden GP genannt**

**und**

**Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz, Anstalt des öffentlichen Rechts,  
vertreten durch  
Frau Gerlinde Frammelsberger, Geschäftsführung**

**im Folgenden AG genannt**

## § 1 Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages sind Architekten- und Ingenieurleistungen als Generalplanerleistungen gemäß dem Leistungskatalog Generalplanerleistungen (Anlage 1 zu diesem Vertrag) für das Bauvorhaben:

**Neubau einer Studentenwohnanlage im Stutzwinkel in Straubing mit ca. 70 Wohneinheiten  
Flurnummer 3360/13 / Gemarkung Straubing**

## § 2 Vertragsbestandteile/Vertragsgrundlagen

### 2.1 Stufenweise Beauftragung

Die Beauftragung erfolgt in Leistungsstufen.

Der Auftraggeber behält sich vor, die Beauftragung auf Teilleistungen einzelner Leistungsstufen zu beschränken.

Der Auftraggeber beauftragt den Auftragnehmer mit Vertragsschluss  
mit der Erbringung der **Leistungsstufe 1** (LPH 1-3) gemäß Architektenvertrag § 6 Nr. 6.1

Die Beauftragung von weiteren **Leistungsstufen** wird durch den Auftraggeber schriftlich erteilt.

2.2 Bestandteile dieses Vertrages sind als Ganzes:

- der Leistungskatalog Generalplanerleistungen (Anlage 1 zu diesem Vertrag)
  - die Kostenobergrenze von 7.700.000,00 Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 700
  - folgender Terminplan:

Fertigstellung Vorentwurf und Entwurfsplanung:	bis März 2021
Erstellung Genehmigungsplanung:	bis Ende Mai 2021
Beginn Bauausführung:	Juli / August 2021
Baufertigstellung:	28.02.2023
- Dies gilt nicht für Leistungen und Umstände, die nicht in seinem Verantwortungsbereich liegen.

- ☐ Das Honorarangebot des Generalplaners vom .....

## § 3 Leistungen des Generalplaners

3.1 Der Generalplaner ist verpflichtet, die Leistungen nach dem Leistungskatalog Generalplanerleistungen so auszuführen, dass die vereinbarten Teilerfolge und der Gesamt-Werkerfolg erreicht werden. Dabei hat der Generalplaner insbesondere eine mangelfreie Planung als Grundlage für die Bauausführung zu erstellen und für eine mangelfreie Bauausführung im Rahmen der beauftragten Leistungen Sorge zu tragen.

3.2 Der Generalplaner beauftragt mit der Erfüllung der ihm übertragenen Leistungen folgende Fachplaner, Fachingenieure, Berater und Gutachter als Nachunternehmer:

3.2.1 TGA - HLS HOAI § 53 - 56 / Anlagengruppen 1, 2, 3 und 8:

3.2.2 TGA - ELT HOAI § 53 - 56 / Anlagengruppen 4, 5 und 6:

3.2.3 Tragwerksplanung nach HOAI § 49 - 52 einschl. LPH 8 Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung als Besondere Leistung:

3.2.4 Freianlagenplanung nach HOAI / § 38 - 40:

3.2.5 Thermische Bauphysik:

3.2.6 Sicherheits- und Gesundheitskoordination

3.2.7 Brandschutzkonzept:

3.3 Der Generalplaner verpflichtet sich mit allen Nachunternehmern einen Vertrag zu schließen, Der Auftraggeber empfiehlt hierzu die Musterverträge mit Anlagen nach den Vorgaben des Vergabehandbuchs Bayern für Architekten- bzw. Ingenieurverträge in der aktuellen Fassung zu verwenden.

Bei der Vergabe der Fachplaner ist zu beachten, dass das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) § 97 nicht verletzt wird.

Die Leistungen der Leistungsbilder Objektplanung Gebäude und raumbildende Ausbauten einschließlich aller Besonderen Leistungen gemäß gesondertem Architektenvertrag Gebäude und Innenräume und alle spezifischen planungsübergreifenden Generalplanerleistungen (Steuerungs- und Koordinierungstätigkeiten) hat der AN selbst bzw. durch eigenes Personal zu erbringen. Die Einschaltung eines Subplaners oder Nachunternehmers für diese Leistungen oder Teilleistungen bedarf der vorherigen Zustimmung des AG, die nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes verweigert werden darf.

3.4 Der Generalplaner ist zur rechtsgeschäftlichen Vertretung des AG nicht berechtigt.

3.5 Der Generalplaner benennt als Mitarbeiter im Projekt:

3.5.1 Projektleitung:

3.5.2 Stellvertretende Projektleitung:

3.5.3 Support:

3.5.4 Planung, Ausschreibung, Vergabe:

3.5.5 Unterstützung und Bauausführung:

Die Projektleitung ist gegenüber dem AG verpflichtet und gegenüber den anderen Bau- und Projektbeteiligten berechtigt, die Rechte des AG zu wahren und die Interessen des AG wahrzunehmen, insbesondere im Rahmen der dem Generalplaner übertragenen Leistungen zur Herbeiführung des geschuldeten Werkerfolgs alle Handlungen vorzunehmen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die für eine vertragsgemäße, fachlich und technisch einwandfreie, termingerechte und störungsfreie Bauausführung und Vertragserfüllung durch die Baubeteiligten erforderlich sind. Dies schließt auch die Erteilung von erforderlichen oder gebotenen Weisungen sowie entsprechenden Anordnungen unter Beteiligung des AG ein. Das Recht des AG eigene technische Weisungen an die Baubeteiligten zu erteilen, bleibt davon unberührt; der AG wird sich aber insoweit zuvor ggf. schriftlich mit dem Generalplaner soweit wie möglich abstimmen. In jedem Fall wird er den Generalplaner unverzüglich informieren. Weitergehende Weisungs- und Anordnungsrechte, insbesondere solche mit wirtschaftlichen bzw. finanziellen Auswirkungen für den AG, sind davon nicht umfasst und bleiben dem AG vorbehalten. Finanzielle Verpflichtungen für den AG darf der Generalplaner jedoch ausnahmsweise dann eingehen, wenn Gefahr in Verzug und das Einverständnis des AG nicht rechtzeitig zu erlangen ist.

3.6 Die vom Generalplaner zu erstellenden Unterlagen sind dem AG in zweifacher Ausfertigung in Papierform und gesondert auf Datenträger zu übergeben. Datenverzeichnisse und Layerstrukturen werden mit dem Auftraggeber abgestimmt.

3.7 Der Generalplaner darf innerhalb eines beauftragten Leistungsbildes Leistungen einer nachfolgenden Leistungsphase grundsätzlich erst nach Fertigstellung sämtlicher Leistungen und Tätigkeiten der vorhergehenden Leistungsphase beginnen. Die Fertigstellung der einzelnen Leistungen einer Leistungsphase und die Fertigstellung jeder Leistungsphase ist dem AG anzuzeigen; die jeweiligen Leistungsergebnisse und das Ergebnis jeder Leistungsphase sind mit dem AG zu erörtern. Dies beinhaltet keine (Teil-)Abnahme der Leistungen des Generalplaners. Kommt der AG seiner Mitwirkungspflicht nicht unverzüglich nach, gehen dadurch verursachte Verzögerungen des Planungs- und Bauablaufs zu seinen Lasten.

3.8 Der Generalplaner ist verpflichtet, den AG über alle wesentlichen Angelegenheiten und Umstände zu unterrichten, die bei der Erfüllung seiner Leistungen bekannt werden. Der Generalplaner hat über seine Leistungen und die ihm bei der Vertragserfüllung bekannt gewordenen vertraulichen Vorgänge Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren.

#### **§ 4 Leistungen des AG / Zusammenarbeit mit dem Generalplaner**

4.1 Der AG hat dem Generalplaner Bestands- und Lagepläne und alle sonstigen Unterlagen über das Baugrundstück sowie Baugrundgutachten, Bodengutachten und Vermessungsunterlagen unverzüglich – möglichst in Datenformat (.pdf) – vorzulegen.

4.2 Dem AG obliegt das Betreiben aller erforderlichen förmlichen und behördlichen Verfahren (Genehmigungen, Zustimmungen, Anzeigen, etc.)

4.3 Der AG hat Pläne und sonstige Unterlagen unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb von 10 Arbeitstagen (ohne Samstage) nach deren Übergabe freizugeben und innerhalb dieser Frist erforderliche Bemusterungsentscheidungen zu treffen. Erfolgt keine Entscheidung innerhalb dieser Frist, gilt der Plan als genehmigt bzw. das Muster/Material als gebilligt. Berechtigte Einwände gegen Pläne, Muster/Materialien hat der AG dem Generalplaner innerhalb der genannten Frist schriftlich mitzuteilen.

4.4 Der AG ist verpflichtet, den Generalplaner bei der Herbeiführung aller zum Planungs- und Baufortschritt notwendigen Entscheidungen zu unterstützen. Er hat alle ihm obliegenden Mitwirkungspflichten und Handlungen zu erfüllen, die dem Planungs- und Baufortschritt dienlich sind oder die der Generalplaner zur Erfüllung seiner Vertragspflichten verlangt.

4.5 Der AG benennt folgende vertretungsberechtigte Personen, die alle mit der Vertrags- und Projektabwicklung zusammenhängende Entscheidungen des AG treffen oder herbeiführen und die entsprechenden rechtsgeschäftlichen Erklärungen empfangen und abgeben dürfen:

- |   |  |
|---|--|
| - Frau Frammelsberger, Geschäftsführung       | Vertragsgestaltung, Bau- und Förderantrag                                      |
| - Herrn Albrecht, Stabstelle Bauwesen/Technik | Fragen der Planungs- und Bauausführung, Nachtragsbeauftragung, Kostenkontrolle |
| - Frau Maurer, Stabstelle Bauwesen/Technik    | Fragen der Planungs- und Bauausführung, Nachtragsbeauftragung, Kostenkontrolle |

4.6 Der AG ist nicht berechtigt, Weisungen an die vom Generalplaner gemäß Ziffer 3.2 beauftragten Nachunternehmer zu erteilen.

#### **§ 5 Honorar des Generalplaners**

##### **5.1 Grundlage der Honorarvereinbarung**

Grundlage der Honorarvereinbarung sind die Vertragsentwürfe mit den beauftragten Nachunternehmern vom ..... mit den folgenden wesentlichen Festlegungen:

## Honorarzone Honorarsatz Nebenk.

- Fachplanung Techn. Ausrüstung HLS gem. HOAI § 53 - 56:			
Anlagengruppe 1	.....	.....	.....
Anlagengruppe 2	.....	.....	.....
Anlagengruppe 3	.....	.....	.....
Anlagengruppe 8	.....	.....	.....
- Fachplanung Techn. Ausrüstung ELT gem. HOAI § 53 - 56:			
Anlagengruppe 4	.....	.....	.....
Anlagengruppe 5	.....	.....	.....
Anlagengruppe 6	.....	.....	.....
- Fachplanung Tragwerksplanung gem. HOAI § 49 - 52	.....	.....	.....
LPH 8 Ingenieurtechnische Kontrolle der Ausführung			
als Besondere Leistung:			..... €
- Fachplanung Freianlagen gem. HOAI § 38-40	.....	.....	.....

### Pauschalangebote:

- Erstellung des Brandschutzkonzeptes	LPH 1-4 (ohne Prüfung):	..... €
	LPH 5-9 (ohne Prüfung):	..... €
- Thermische Bauphysik		..... €
- Sicherheits- und Gesundheitskoordination		..... €

## 5.2 Honorarvereinbarung für Generalplanerleistungen bei Einhaltung der Kostenobergrenze

Die Kostenobergrenze des Bauprojekts wird auf **7.700.000,00** Euro brutto für die Kostengruppen 200 bis 700 festgesetzt.

Nach Auftragsvergabe erstellt der AN eine Planung sowie eine Kostenschätzung.

Auf Grundlage der dann erstellten Kostenschätzung berechnet der Generalplaner ein anrechenbares Honorar für die Generalplanerleistung auf der Grundlage der Honorare für TGA-HLS, TGA-ELT, Tragwerksplanung und Pauschalangebote für Brandschutzkonzept, thermische Bauphysik, Sicherheits- und Gesundheitskoordination.

Das Honorar des Generalplaners setzt sich folgendermaßen zusammen:

- Honorare für die Fachplaner als Nachunternehmer für die in 5.1. genannten Fachplanungen Freianlagen, TGA-HLS, TGA-ELT, Tragwerksplanung sowie Pauschalangebote für Brandschutzkonzept, thermische Bauphysik, Sicherheits- und Gesundheitskoordination, Honorarzone, Honorarsatz, Nebenkosten und Pauschalangebote gemäß Punkt 5.1 und als Netto-Summen.
- Zuzüglich **Nebenkosten** des Generalplaners in Höhe von .... % auf die Netto-Gesamtsumme der Honorare aus Punkt a) (= Nebenkosten der Fachplaner)
- Zuzüglich ..... % auf die Netto-Gesamtsumme der Honorare aus a) für die **Koordinierungsleistung** des Generalplaners zur Koordination der Fachplaner
- Zuzüglich 19% MwSt. auf das errechnete Honorar

## **§ 6 Zahlungen/Abrechnungen**

Auf Anforderung und gegen Rechnungsstellung des Generalplaners hat der AG Abschlagszahlungen für erbrachte (Teil-)Leistungen aus den beauftragten Leistungsbildern und Leistungen einschließlich Nebenkostenpauschale und ggf. für zusätzliche Leistungen, die vorab mit dem AG vereinbart worden sind, zuzüglich Umsatzsteuer zu leisten.

Zusätzlich angefallene Nebenkosten sind auf Nachweis zu erstatten.

Teilrechnungen sind mit einem Zahlungsziel von 21 Tagen, Schlussrechnungen mit einem Zahlungsziel von 30 Tagen beim AG einzureichen.

## **§ 7 Termine**

Der Auftragnehmer hat seine Leistungen so zu erbringen, dass folgende Termine eingehalten werden können:

Fertigstellung Vorentwurf und Entwurfsplanung:	bis März 2021
Erstellung Genehmigungsplanung:	bis Ende Mai 2021
Beginn Bauausführung:	Juli / August 2021
Baufertigstellung:	28.02.2023

Dies gilt nicht für Leistungen und Umstände, die nicht in seinem Verantwortungsbereich liegen.

Der Rahmenterminplan ist vom Generalplaner in Abstimmung mit dem AG zu erstellen. Er ist möglichst einvernehmlich als Detailterminplan fortzuschreiben und nach den Projekterfordernissen und den tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen und zu aktualisieren. Unabhängig davon hat der Generalplaner dem AG von drohenden oder eintretenden Leistungsverzögerungen in seinem Leistungsbereich oder – soweit bekannt oder für ihn ersichtlich – auch im Leistungsbereich anderer Projektbeteiligter unverzüglich zu benachrichtigen und soweit dies möglich ist – dem AG Vorschläge für die Beseitigung oder Aufholung der Verzögerung zu unterbreiten.

Der Generalplaner ist verpflichtet, die Erfüllung der vom AG geschuldeten Beiträge, Vorgaben und Entscheidungen (Mitwirkungspflichten und Mitwirkungshandlungen) und Leistungen rechtzeitig anzufordern und ggf. auch anzumahnen.

## **§ 8 Sonderfachleute**

Der Generalplaner berät den AG über die Notwendigkeit des Einsatzes von weiteren Sonderfachleuten (Gutachter, Berater, Ingenieure, etc.), deren Leistungen nicht bereits zum Leistungsumfang des Generalplaners gehören. Die Entscheidung darüber, in welchem Umfang und zu welchem Honorar weitere Sonderfachleute eingeschaltet werden, liegt allein beim AG. Aufträge an weitere Sonderfachleute erteilt der AG in Abstimmung mit dem Generalplaner in eigenem Namen und auf eigene Rechnung. Der Generalplaner hat mit diesen Sonderfachplanern zusammenzuarbeiten und deren Leistungen - soweit erforderlich – in seine Leistungen zu integrieren und zu koordinieren. Diese Leistungen sind mit der vereinbarten Nebenkostenpauschale abgegolten.

## **§ 9 Änderungs- und Zusatzleistungen**

9.1 Der AG ist berechtigt, Änderungen des beauftragten Leistungsumfangs oder Leistungsinhalts der Leistungs- und Vertragsziele, des Leistungsablaufs oder sonstige Änderungen anzuordnen. Der Generalplaner ist verpflichtet Leistungsänderungen auszuführen.

Vergütungspflichtige Änderungs- oder Zusatzleistungen liegen vor, wenn die Rahmenbedingungen der Planung geändert werden müssen oder wenn der Generalplaner verpflichtet ist, bereits erbrachte und im Wesentlichen abgeschlossene Leistungen zu wiederholen, zu ergänzen, oder zu ändern. Zusatzleistungen sind Leistungen, die bei Vertragsabschluss nicht vorgesehen waren. Der Generalplaner hat dem AG vor der Ausführung solcher Leistungen ein entsprechendes Nachtragsangebot vorzulegen oder einen zusätzlichen Honoraranspruch anzukündigen.

Die Vertragsparteien sollen möglichst vor der Ausführung solcher Leistungen eine Honorarvereinbarung abschließen. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, ist der Generalplaner zur Leistungserbringung erst dann verpflichtet, wenn der AG die Ausführung der Leistungen nochmals anordnet. Der Generalplaner kann dann auch noch nach angeordneter Durchführung dieser Leistungen durch den AG ein Honorar verlangen.

Alle Vereinbarungen bedürfen der Schriftform.

9.2 Sollten sich die Vertragsparteien auch nachträglich nicht auf ein Zusatzhonorar einigen, steht dem Generalplaner das Recht zu, den Honoraranspruch nach billigem Ermessen unter Beachtung der vereinbarten Stundensätze des Architektenvertrages über die Objektplanung zu bestimmen.

9.3 Vor Durchführung von Änderungs- oder Zusatzleistungen ist der fortgeschriebene Rahmenplan für die Planung bzw. der entsprechende Detailterminplan anzupassen.

## **§ 10 Haftung/Haftpflichtversicherung**

10.1 Mängelhaftungs- und Schadenersatzansprüche des AG verjähren nach Ablauf von 5 Jahren nach (Teil-) Abnahme der jeweiligen Leistungen des Generalplaner, die nach Abschluss dieser Leistungen vom AG durchzuführen sind.

10.2 Wird der Generalplaner wegen eines Schadens oder eines Mangels am Bauwerk auf Schadenersatz in Anspruch genommen, kann er verlangen, dass ihm die Beseitigung des Schadens oder Mangels übertragen wird.

10.3 Der Generalplaner hat dem AG den Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung nachzuweisen, die auch die Haftungsrisiken der von ihm beauftragten Subplaner (Fachplaner und Fachingenieure) sowie die ihm übertragenen Besonderen Generalplanerleistungen umfassen. Die Deckungssummen aus dieser Versicherung müssen mindestens betragen:

- |                        |              |
|------------------------|--------------|
| a) Für Personenschäden | 2,0 Mio Euro |
| b) Für Sachschäden     | 2,0 Mio Euro |

10.4 Für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit haftet der Generalplaner unbeschränkt. Bei einfacher Fahrlässigkeit beschränkt sich die Haftung des Generalplaner dem Grunde und der Höhe nach auf den Schadensumfang, der durch den Abschluss der vorgenannten Berufshaftpflichtversicherung gedeckt ist. Hiervon ausgeschlossen sind Personenschäden, für die die Haftung nicht beschränkt wird.



## **§ 11 Abnahme der Generalplanerleistungen/Teilabnahme**

11.1 Die Vertragsparteien vereinbaren für die beauftragten und unmittelbar bauwerksbezogenen Generalplanerleistungen eine förmliche Abnahme, die nach Abschluss aller beauftragten Leistungen auf Verlangen des Generalplaners durchzuführen und vom AG zu erklären ist. Für die spezifischen und nicht unmittelbar bauwerksbezogenen Generalplanerleistungen tritt die Vollendung an die Stelle der Abnahme. Diese Leistungen gelten spätestens mit der förmlichen Abnahme der in Satz 1 genannten bauwerksbezogenen Leistungen als abgenommen.

11.2 Kommt der AG einem Abnahmeverlangen des Generalplaners nicht innerhalb von vier Wochen nach, gelten die Leistungen des Generalplaners als mit Ablauf dieser Frist abgenommen, sofern sie zu diesem Zeitpunkt nachweisbar im Wesentlichen vollendet und abnahmereif sind. Das Auftreten späterer Mängel lässt die insoweit erfolgte fingierte Abnahme unberührt.

11.3 Auf Verlangen des Generalplaners sind die bis zur Abnahme des letzten Ausführungsgewerks erbrachten Leistungen aus der Leistungsphase 1 bis 8 der beauftragten Leistungsbilder gesondert im Wege einer rechtsgeschäftlichen Teilabnahme abzunehmen. Die Abnahme des letzten Ausführungsgewerks und damit des Bauwerks löst für sich gesehen noch keine Teilabnahme des Werks des Generalplaners aus. Für alle nach der Abnahme des Bauwerks bzw. des letzten Ausführungsgewerks anfallenden Generalplanerleistungen aus der Leistungsphase 8 kann der Generalplaner eine weitere gesonderte Teilabnahme verlangen, unabhängig davon, ob ihm Leistungen aus der Leistungsphase 9 übertragen worden sind.

11.4 Soweit sich der AG bei der Abnahme oder Teilabnahme Mängelrechte vorbehalten will, hat er den entsprechenden Vorbehalt bei der Abnahmeerklärung in dem Abnahmeprotokoll zu erklären.

## **§ 12 Kündigung/Rücktritt**

12.1 Eine vorzeitige einseitige Beendigung des Vertrages ist nur durch Kündigung zulässig. Die Kündigung bedarf der Schriftform. Ein Rücktritt wegen nicht oder nicht vertragsgemäß erbrachter Leistungen ist ausgeschlossen.

12.2 Eine Kündigung aus wichtigem Grund ist unverzüglich, spätestens jedoch binnen zwei Wochen nach Kenntniserlangung des zur Kündigung berechtigten Ereignisses oder Grundes auszusprechen und der anderen Vertragspartei detailliert zu begründen. Die firstgerechte Erklärung der Kündigung und die Begründung der Kündigung sind Wirksamkeitsvoraussetzungen.

12.3 Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn eine der Vertragsparteien eine vertragliche Verpflichtung trotz Abmahnung und/oder Fristsetzung mit Kündigungsandrohung nicht erfüllt hat. Bei einer Kündigung aus wichtigem Grund ohne vorherige Androhung derselben kann der Vertragspartner der kündigenden Vertragspartei die Kündigung heilen, sofern er das beanstandete Verhalten oder die die Kündigung auslösende Pflichtverletzung unverzüglich beendet bzw. beseitigt oder die beanstandeten Umstände unverzüglich behebt.

12.4 Kündigt der Generalplaner wirksam aus einem wichtigen Grund, den der AG zu vertreten hat und konnte die Kündigung nicht vom AG geheilt werden, oder kündigt der AG ohne wichtigen Grund, erhält der Generalplaner für die ihm bis dahin übertragenen Leistungen aus den Leistungsbildern der HOAI und aus den Beratungsleistungen das volle zustehende Honorar unter Abzug ersparter Aufwendungen und unter Anrechnung eines anderweitigen Erwerbs, den er nachzuweisen hat.

12.5 Erfolgt die Kündigung aus einem Grund, den der Generalplaner zu vertreten hat, steht ihm ein Honorar nur für die bis zur Kündigung erbrachten nachgewiesenen und verwertbaren Leistungen zu.



### **§ 13 Urheber- und Verwertungsrechte**

13.1 Der AG hat das Recht, die Planung für die Realisierung der dem Vertrag zu Grunde liegenden Baumaßnahme zu nutzen. Der AG ist im Falle einer vorzeitigen Vertragsbeendigung berechtigt, das Bauwerk auch ohne weitere Mitwirkung des Generalplaners zu erstellen.

13.2 Der AG ist verpflichtet dem Generalplaner auch nach Beendigung des Vertrages nach vorheriger schriftlicher Ankündigung den Zutritt zu dem Gebäude bzw. der Anlage zu gestatten.

13.3 Der AG ist zur Veröffentlichung des vom Generalplaner geplanten Bauwerks nur unter Namensangabe des Generalplaners berechtigt.

13.4 Die vom Generalplaner an den AG herauszugebenden Datenträger können ohne gesonderte Lizenzgebühr vom AG für die vom Vertrag umfasste Baumaßnahme genutzt werden.

### **§ 14 Herausgabe von Unterlagen/Aufbewahrungspflichten**

14.1 Nach Beendigung der Leistungen des Generalplaners hat er dem AG sämtliche Bauvorlagen in Papierform in zweifacher Ausfertigung auszuhändigen und zusätzlich auf Datenträger als PDF und DWG. Datenverzeichnisse und Layerstrukturen werden mit dem Auftraggeber abgestimmt.

14.2 Der Generalplaner hat die Unterlagen bis zu 5 Jahre nach Abnahme aufzubewahren.

### **§ 15 Schlussbestimmungen**

15.1 Streitfälle über zusätzliche Vergütungspflichten oder über den Umfang der Leistungspflichten des AN berechtigen den Generalplaner nicht zur Einstellung seiner Arbeiten oder zur Zurückbehaltung von Leistungen und Unterlagen.

15.2 Änderungen, Ergänzungen und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform.

15.3 Gerichtsstand ist Regensburg. Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist Regensburg.

15.4 Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so wird dadurch die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt, wenn davon auszugehen ist, dass diese Regelungen auch ohne den unwirksamen Teil getroffen worden wären. Anstelle der unwirksamen Bestimmung tritt eine solche Regelung, die in gesetzlich zulässiger Weise den wirtschaftlichen Zweck der ungültigen Bestimmung unter Berücksichtigung des Gesetzes am nächsten kommt. Entsprechendes gilt, wenn sich bei Durchführung des Vertrages eine ergänzungsbedürftige Lücke ergeben sollte.

15.5. Es wird ein Sicherheitseinbehalt von 10 v.H. von den Abschlagszahlungen vereinbart, der bei der Schlussrechnung ausbezahlt wird, wenn sämtliche Planungs- und Koordinationsleistungen vollständig und mängelfrei erfüllt wurden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Für den Auftraggeber

\_\_\_\_\_  
Für den Auftragnehmer